

Berliner Nachrichten

Juli 2007



Renate Gradistanac MdB, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Inhalt

Zweites Gesetz zum Urheberrecht	2
Ehrenamt: Die konkreten Neuregelungen	3
Programm für Jugendliche und Arbeitslose	4
Kosovo-Einsatz verlängert	4
Junge Menschen fördern, ausbilden, qualifizieren	5
Siebter Familienbericht	5
Technologie-Leistungsfähigkeit im Land	5
Huthmachers St(r)icheleien	6
Kampf dem Eisenbahnlärm	6
Mehr Rechte bei Versicherungsverträgen	7
Telefonüberwachung neu geregelt	7
Neues zum Fahrradtourismus	7
„Im CDU-Zirkel unerwünscht“	8
Kritik an der Stallwächterparty	9
Brücke Horb: Gradistanac mahnt Eile an	9
5000 Euro pro Betreuungsplatz	10
Belohnung für Ausbildungsbetriebe	10
Verführerische Prämie	11
Neues zum Wassertourismus	11
Jugend und Parlament	12
Anti-Doping-Gesetz beschlossen	12
Impressum	13

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

dies sind die letzten „Berliner Nachrichten“ vor der Sommerpause. Ihr findet darin die wichtigsten Entscheidungen, die der Bundestag in den vergangenen Wochen getroffen hat – etwa ein zum 1. Oktober in Kraft tretendes Programm, um Jugendliche und Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen in Arbeit zu bringen.

Außerdem enthält diese Ausgabe meine beiden Pressemitteilungen zur Kritik an der Organisation der Stallwächterparty; die Lokalpresse hat daraus zitiert, hier sind die Texte ungekürzt.

Ich wünsche Euch allen einen schönen Sommer. Solidarische Grüße

Eure Renate





Besuch aus dem Kreis Calw: 50 Bürgerinnen und Bürger waren im Juli in Berlin.

Foto: Bundestag

Urheberrecht: Downloads und Kopierschutz neu geregelt

Der Bundestag hat den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft beschlossen. Mit dem so genannten „Zweiten Korb“ zur Reform des Urheberrechts wird das Recht des geistigen Eigentums erneut an die Bedingungen des digitalen Zeitalters angepasst.

Die für die Verbraucher wichtige Möglichkeit der (auch digitalen) Privatkopien bleibt erhalten, wobei ein Kopierschutz nicht umgangen werden darf. Downloads von offensichtlich rechtswidrig hergestellten und öffentlich zugänglich gemachten Vorlagen aus dem Internet, sind künftig ohne Ausnahme als Straftat zu behandeln. Das „Knacken“ von Kopierschutz ist rechtswidrig, aber weiterhin nicht strafbar, falls die Kopie nur

zum Privatgebrauch hergestellt wird. Statt der bisherigen gesetzlichen Festlegung der Höhe der Pauschalabgabe auf Leerträgermedien und kopierfähige Geräte soll diese künftig durch die Geräteindustrie und Verwertungsgesellschaften einvernehmlich festgelegt werden.

Das Gesetz gibt lediglich Rahmenbedingungen für die Angemessenheit der Pauschale vor, die dem Urheber beim gesetzlich erlaubten Kopieren seiner Werke als Ausgleich dient. Öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven wird künftig erlaubt, ihre Bestände auch an elektronischen Leseplätzen zu zeigen. Bibliotheken dürfen unter bestimmten Voraussetzungen Kopien aus Zeitungen und Zeitschriften sowie kleiner Teile von Büchern als graphische Datei versenden.

Wir stärken das Ehrenamt

Die steuerlichen Rahmenbedingungen werden deutlich verbessert

Über 23 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich in mehr als 600.000 Vereinen und Organisationen. Diese Arbeit mit all ihren Facetten und Gesichtern spielt eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Mit dem am beschlossenen „Gesetzentwurf zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für den ehrenamtlichen Einsatz verbessert.

Peer Steinbrück hatte bereits im Dezember die Eckpunkte für den Gesetzentwurf unter dem Titel „Hilfen für Helfer“ vorgestellt. Die Reform soll rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Die wichtigsten Verbesserungen

- Es wird ein neuer Freibetrag in Höhe von 500 Euro pro Jahr eingeführt. Im Rahmen dieses Freibetrags können alle ehrenamtlich Tätigen den ihnen entstandenen Aufwand pauschal, das heißt ohne Vorlage von Einzelnachweisen, steuerlich geltend machen. Ausgenommen sind lediglich Personen, die den Übungsleiterfreibetrag oder eine Kostenerstattung aus öffentlichen Kassen erhalten.
- Der so genannte Übungsleiterfreibetrag wird von 1.848 Euro auf 2.100 Euro erhöht.
- Der Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Kulturfördervereine kann künftig auch bei Gegenleistungen (zum Beispiel Freikarten) geltend gemacht werden.
- Förderungswürdige Zwecke im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Dies erfolgt durch eine einheitliche Definition des Zwecks in einem Katalog in der Abgabenordnung. Soll ein weiterer Zweck aufgenommen werden, entscheidet das jeweilige Land darüber.
- Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften sowie die Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen wird auf jeweils 35.000 Euro Einnahmen im Jahr angehoben. Das

bedeutet, dass erst ab 35.000 Euro Einnahmen im Jahr Körperschaft- und Gewerbesteuer gezahlt werden müssen. Die Umsatzgrenze für den pauschalen Vorsteuerabzug wird entsprechend angepasst.

- Die Höchstgrenze für den Sonderausgabenabzug von Spenden wird vereinfacht und auf 20 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte für alle förderungswürdige Zwecke angehoben.
- Der abziehbare Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital wird innerhalb von zehn Jahren von 307.000 Euro auf 1 Million Euro angehoben werden.
- Der zeitlich begrenzte Vor- und Rücktrag von Großspenden und der zusätzliche Höchstbetrag für Spenden an Stiftungen sollen zugunsten eines zeitlich unbegrenzten Zuwendungsvortrags abgeschafft werden.
- Die Grenze für den vereinfachten Nachweis von Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) durch Bareinzahlungsbelege oder Buchungsbestätigungen des Kreditinstituts wird von 100 auf 200 Euro angehoben.

Investition in die Stärkung des Gemeinsinns

Die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements werden sich erheblich verbessern. Insgesamt werden Mittel in Höhe von rund 490 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die in die Stärkung unserer Zivilgesellschaft zukunfts-trächtig investiert werden.



Ein Programm für Jugendliche und Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen

Um Langzeitarbeitslose und Jugendliche, die schon im Vorjahr oder früher erfolglos eine Ausbildungsstelle gesucht haben, zu unterstützen, wurden zwei Gesetzentwürfe beschlossen. Beide Gesetze sollen bereits zum 1. Oktober 2007 in Kraft treten.

Die Konjunktur zieht an. Die Arbeitslosigkeit geht stetig zurück. Im Mai hatten wir insgesamt 732.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um über 355.000 zurückgegangen. Diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt löst jedoch nicht alle Probleme, sie kommt nicht bei allen Arbeitslosen an.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur insgesamt noch zu hoch, sie ist auch unter den Erwerbspersonen sehr ungleich verteilt. Für viele Langzeitarbeitslose besteht aktuell und mittelfristig keine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt. Ihre Zahl wird auf 100.000 bis 600.000 Personen geschätzt. Auch die Zahl der Altbewerber, das heißt derjenigen Jugendlichen, die schon im Vorjahr oder früher eine Ausbildungsstelle gesucht haben, ist dramatisch angestiegen. Im letzten Jahr lag ihr Anteil bereits bei über 50 Prozent. Dies ist eine regelrechte Bugwelle, die wir vor uns herschieben.

Das Konzept „Perspektive für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen“, wurde auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion vereinbart. Mit zwei milliardenschweren Programmen für Beschäftigung und Ausbildung soll 100.000 ansonsten chancenlosen Erwerbslosen und 50.000 jugendlichen Arbeitslosen geholfen werden. Künftig können Arbeitsuchende unter 25 Jahre ohne Berufsabschluss nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit für die Dauer von zwölf Monaten einen Qualifizierungszuschuss erhalten. Arbeitgeber erhalten 50 Prozent des Arbeitsentgelts, 15 Prozent hiervon müssen für die Qualifizierung der jungen Arbeitnehmer verwendet werden. Arbeitsuchende dieser Altersklasse, die trotz eines Berufsabschlusses sechs Monate arbeitslos sind, können ebenfalls für zwölf Monate einen Eingliederungszuschuss zwischen 25 Prozent und 50 Prozent des Arbeitsentgelts

erhalten. Diese Zuschüsse werden für Arbeitsentgelte bis zu 1.000 Euro gewährt.

Besonders arbeitsmarktferne Arbeitsuchende, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, und mit den vorhandenen Eingliederungsmaßnahmen nicht in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, wird die Möglichkeit eines Beschäftigungszuschusses geboten. Dieser an Arbeitgeber zu zahlende Lohnkostenzuschuss kann bis zu 75 Prozent des Arbeitsentgelts betragen und wird für 24 Monate gewährt. Soweit die Eingliederung in Arbeit dies erfordert kann der Lohnzuschuss über die Regelförderung von 24 Monaten hinaus gewährt werden. Außerdem können Kostenzuschüsse für begleitende Qualifizierung gewährt werden.

Bundeswehreinsatz im Kosovo verlängert

Der Bundestag hat am auf Antrag der Bundesregierung die nochmalige Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo bis Mitte Juni 2008 beschlossen.

Die Mission, die auf einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, ist erstmals im Juni 1999 durch den Deutschen Bundestag beschlossen und seitdem mehrmals verlängert worden. Die Präsenz der Sicherheitstruppe Kosovo Force (KFOR) gewährleistet auch weiterhin die militärische Absicherung der Friedensregelung des Sicherheitsrates für das Kosovo.

Derzeit hat Deutschland etwa 3.000 Soldaten zu diesem Einsatz entsandt. Bis zum Sommer will die internationale Gemeinschaft eine Lösung für den im November 2005 eingeleiteten Prozess zur Bestimmung des künftigen Status für das Kosovo erreichen. Angesichts der Spannungen mit Serbien dringt die kosovarische Regierung auf eine vollständige Unabhängigkeit und erhält dafür Unterstützung vor allem von den USA. Russland warnt hingegen davor, die Statusfrage des Kosovo ohne Zustimmung Serbiens zu klären. Die serbische Regierung will eine Loslösung ihrer Südprovinz verhindern und bietet stattdessen eine „überwachte Autonomie“ an.

Junge Menschen fördern, Ausbildung schaffen

Der Bundestag hat Antrag der Koalitionsfraktionen „Junge Menschen fördern - Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ beraten. Damit bringen wir eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen für Altbewerber und benachteiligte Jugendliche auf den Weg.

In Deutschland gibt es 300.000 so genannte Altbewerber, also Bewerber, die mindestens im zweiten Jahr auf Ausbildungssuche sind. Indem wir auch die gesetzlichen Fördermöglichkeiten betrieblicher Ausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit im Arbeitsförderungsrecht erweitern wollen, leiten wir einen Paradigmenwechsel ein. Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch in diesem Jahr ein Konzept „Jugend - Ausbildung und Arbeit“ zu entwickeln, das insbesondere folgende Vorschläge aufgreift:

- Die Eingliederung von benachteiligten Altbewerbern in betriebliche Ausbildung durch Eingliederungszuschüsse fördern. Dabei sollen ausschließlich zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für Altbewerber mit personen- und eignungsbezogenen Vermittlungshemmnissen gefördert werden, wie z. B. Lernbeeinträchtigungen oder fehlende Schulabschlüsse.
- Vorbildliches Ausbildungsverhalten von Betrieben honorieren, indem für die entsprechenden Betriebe die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung reduziert werden.
- Der Einsatz von Paten soll ausgebaut und systematisiert werden.
- Die Aufteilung der Zuständigkeiten für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung zwischen BA und Trägern der Grundsicherung noch einmal überprüfen.

Technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands voranbringen

Am 5. Juli hat der Bundestag im Rahmen der Unterrichtung durch die Bundesregierung zum Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2007 den Antrag der Koalitionsfraktionen „IKT 2020: Gezielte Forschungsförderung für zukunftssträchtige Innovationen und Wachstumsfelder im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)“ beraten.

Der Siebte Familienbericht liegt vor

Der Bundestag hat den Siebten Familienbericht der Bundesregierung „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“ debattiert. Dieser belegt: Die von der SPD eingeschlagene Richtung in der Familienpolitik auf der Grundlage des Mixes aus Infrastruktur, Zeit und Geld ist richtig.

Die Lebensentwürfe von jungen Frauen und Männern haben sich verändert. Sie wollen Erwerbstätigkeit und Elternschaft miteinander verbinden. Die Sachverständigenkommission zum Siebten Familienbericht stellt jedoch fest, dass hierfür mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sowie ganztägige Betreuungsangebote für Kinder im Kindergarten- und Schulalter notwendig sind. Mit der Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf ‚Betreuung ab Eins‘ haben wir wichtige familienpolitische Ziele erreicht: Die Entwicklungschancen unserer Kinder werden verbessert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso.

Die Union fordert in diesem Zusammenhang zusätzliche Hilfen für Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Darüber werden wir in der nächsten Wahlperiode beraten. Wir halten diese Forderung für geradezu kontraproduktiv. Sie käme einer Prämie für die Nichtinanspruchnahme staatlicher Leistungen gleich.

Gerade Familien mit geringen Einkommen würden eher diese Prämie zur Aufbesserung des Familieneinkommens in Anspruch nehmen, als im Interesse des Kindes das Betreuungsangebot anzunehmen. Unser Ansatz, die Entwicklungschancen der Kinder zu verbessern, würde konterkariert. Letztlich wird aus der Unionsforderung deren antiquiertes Familienbild deutlich.

Forschung und Entwicklung im Bereich der IKT kommt grundlegende Bedeutung zu – dieser Bedeutung sollen das Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2010 (iD 2010)“ und das Forschungsprogramm „IKT 2020 – Forschung für Innovationen“ im Rahmen der Hightech-Strategie Rechnung tragen. Daher fordern die Abgeordneten gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft eine zügige Umsetzung der Beschlüsse.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Technologische Leistungsfähigkeit

Deutschland kann mehr wirtschaftliches Wachstum durch eine stärkere Nutzung von IKT generieren, zum Beispiel in wissensintensiven Dienstleistungen wie den neuen Medien, E-Health oder Logistik. Dies geht auch aus dem Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit hervor. Die aktuelle gute konjunkturelle Lage erhöht auch die Spielräume der Unternehmen, zusätzliche Innovationen in Forschung und Entwicklung zu erzielen. In Deutschland sind jedoch noch erhebliche

Anstrengungen notwendig, um den Beitrag von Wirtschaft sowie von Bund und Ländern zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels beim Anteil an FuE am Bruttoinlandsprodukt zu erlangen. Daneben benennt der Bericht aber auch Defizite, allen voran den erwarteten Fachkräftemangel. Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit zeigen, dass vor allem hoch qualifizierte Arbeit zum Wachstum beiträgt. Bereits heute gibt es in einigen Branchen deutliche Anzeichen dafür, dass schon in wenigen Jahren nicht mehr genügend Fachkräfte mit Hochschulabschluss zur Verfügung stehen.

Politik als Drahtseilakt

HUTHMACHERS ST(R)ICHELEIEN: Die Stunde vor acht / so lang wie die Nacht / Dann auf zu den uralten Taten. Und einer im Sal / wird dich jedes Mal / verachten, verleugnen, verraten // Sie werden's nie lernen / dein Griff nach den Sternen / ist ein Griff nach Trapez und Stricken (Heinz Rudolf Kunze) Politik als Drahtseilakt, die Politikerin und gelernte Gymnastiklehrerin Gradistanac feierte am 27. Juni ihren 57. Geburtstag. Zeichnung: Huthmacher

Diese Karikatur erschien am 30. Juni 2007 in der Südwest Presse Horb



Wie der Lärm durch den Eisenbahnverkehr bekämpft werden soll

Der Bundestag hat dem Antrag der SPD und der CDU/CSU „Schienenlärm ursächlich bekämpfen“ abschließend zugestimmt. 2006 hat der Güterverkehr auf der Schiene in Deutschland deutlich zugenommen.

Mehr Schienengüterverkehr wird aber nur akzeptiert, wenn die Lärmbelastung der Anwohner so weit wie möglich reduziert wird. Ein wesentlicher Teil der vom Schienengüterverkehr ausgehenden Lärmbelastungen resultiert aus dem Rad-Schiene-System der Güterwagen. In dem Antrag fordert deshalb der Bundestag die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass von der Europäischen Kommission kurzfristig geeignete Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden. Die auf europäischer Ebene eingeführten lärmreduzierten Grenzwerte für neue Güterwagen sollen schnellstmöglich auch von den bereits genutzten

Güterwagen eingehalten werden. Diese sollen deshalb schnell mit modernen Verbundstoffbremssohlen ausgerüstet werden. Die DB Netz AG wird aufgefordert, ihr Trassenpreissystem so zu gestalten, dass Lärmauswirkungen des Schienengüterverkehrs bei der Preisgestaltung berücksichtigt werden können. Darüber hinaus soll das Problem der Lärmbelästigung durch den grenzüberschreitenden Verkehr gelöst werden. Ansonsten bliebe auch bei einer kompletten Umrüstung der deutschen Güterwagen ein erheblicher Teil des Lärmproblems bestehen. Auf europäischer Ebene sind entsprechende Maßnahmen bereits in Vorbereitung. Lobend wird das von der Bundesregierung vorgestellte nationale Verkehrslärmschutzpaket erwähnt, welches das Verkehrslärmproblem verkehrsträgerübergreifend betrifft.

Mehr Rechte bei Versicherungsverträgen

Der Bundestag hat die Reform des Versicherungsvertragsrechts beschlossen. Das neue Versicherungsvertragsgesetz stellt Versicherte deutlich besser. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2008 in Kraft treten und dann für alle laufenden und neuen Verträge gelten.

Zur Verbesserung der Transparenz sieht das Gesetz zusätzliche Beratungs- und Informationspflichten der Versicherer vor. Es besteht die Pflicht, zu einer auf die Wünsche und Bedürfnisse des Versicherten ausgerichteten Beratung. Außerdem muss die Beratung dokumentiert werden. Die Information über die Vertragsbestimmungen und die allgemeinen Versicherungsbedingungen muss künftig vor Vertragsabschluss erfolgen. Für mehr Kostentransparenz in der Lebensversicherung sorgt die Verpflichtung des Versicherers, die

jeweiligen Abschluss- und Vertriebskosten offenzulegen. Der Rückkaufswert wird nach dem Deckungskapital der Versicherung berechnet.

Mehr Rechte erhalten Lebensversicherte bei Überschussbeteiligungen. Neben der Verankerung des Anspruchs im Gesetz als Regelfall, erfolgt erstmals auch eine angemessene Beteiligung an den so genannten stillen Reserven. Bei Pflichtversicherungen erhält der Geschädigte einen Direktanspruch gegen den Versicherer, damit er, falls der Verursacher des Schadens insolvent oder unbekanntes Aufenthalts ist, seine Ersatzansprüche leichter realisieren kann. Künftig können alle Versicherungsverträge ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Die Widerrufsfrist beträgt zwei Wochen, bei der Lebensversicherung 30 Tage.

Telefonüberwachung neu geregelt

Der Bundestag hat den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG beraten.

Die Regelungen über die Überwachung von Telekommunikation in der Strafprozessordnung und weiteren Gesetzen sollen im Rahmen einer Gesamtreform überarbeitet und geändert werden. Der Regelungskomplex der Telekommunikationsüberwachung soll übersichtlicher gestaltet und harmonisiert werden. Änderungsbedarf gibt es auch aufgrund eines Übereinkommens des Europarates über Computerkriminalität (Cybercrime - Konvention)

sowie aufgrund verschiedener Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Das Bundesverfassungsgericht hat etwa verlangt, dass die Strafprozessordnung so geändert werden muss, dass das Abhören von Telekommunikation unzulässig ist, wenn die Inhalte dem so genannten „Kernbereich der privaten Lebensführung“ zuzuordnen sind. Erkenntnisse aus diesem Abhören sind zu löschen und dürfen nicht verwendet werden. Vorgesehen ist auch, dass die von verdeckten Ermittlungen Betroffenen nachträglich von der Überwachung unterrichtet werden. Das geplante Gesetz soll auch die Vorgaben der EU-Richtlinie über die Speicherung von Verbindungsdaten für die Dauer von sechs Monaten (sog. Vorratsdatenspeicherung) umsetzen.

Fahrradtourismus: Einheitliche Beschilderung

Den Fahrradtourismus in Deutschland umfassend zu fördern, ist das Ziel eines gemeinsamen Antrags von CDU/CDU und SPD. Über 50 Prozent der Fahrradtouristen entscheiden sich für einen Urlaub im Inland.

Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob beim Verkehrsministerium eine länderübergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet werden kann, die sich mit Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der Infrastruktur sowie der Abstimmung zwischen Bundesministerien und den Ländern und Kommunen befasst. Länder und Kommunen

sollen den Ausbau und die einheitliche Ausschilderung von Radwegen voranbringen, Bund und Länder den Aus- und Neubauten von Radwegen in der Nähe von Flüssen und Wasserwegen beginnen. Ebenso muss die Qualität der touristischen und baulichen Infrastruktur entlang der Fernrouten regelmäßig geprüft werden. Vorgeschlagen wird die Errichtung einer Zentrale zur Vermarktung des Fahrradtourismus. Die Angebote sollen stärker mit dem Städte- und Kulturtourismus sowie mit wassertouristischen Angeboten vernetzt werden. Länder und Gemeinden sollen sich bemühen, die Verkehrssicherheit für Radfahrer zu verbessern.

Im CDU-Zirkel unerwünscht

Kritik an der Organisation der Stallwächterparty / Wahlkreis-Pressemitteilung vom 6. Juli 07

Als „großartigen Auftritt der Zukunftsregion Nordschwarzwald“ bewertet Renate Gradistanac die Stallwächterparty in Berlin. Die Veranstaltung sei „eine hervorragende Werbung und wertvoll für den Zusammenhalt“. Ihre Kritik an der Organisation halte sie indes aufrecht.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete ist mit Erwidern des Geschäftsführers der Wirtschaftsfördergesellschaft (WFG), Norbert Höptner, nicht zufrieden. „Mag sein, dass Herr Höptner, so wie er erklärt, tatsächlich nicht böswillig gehandelt hat“, schreibt Gradistanac in einer Pressemitteilung. „Aber die WFG hat zugelassen, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Fuchtel das neutrale Forum Stallwächterparty missbraucht hat, um CDU-Parteipolitik zu betreiben.“

Unprofessionalität und CDU-Parteipolitik hatte Renate Gradistanac der WFG bei der Organisation der Stallwächterparty vorgehalten. In der Presse vom Mittwoch räumte Höptner ein, dass die Einladungen zur Veranstaltung zu spät verschickt worden seien; es habe jedoch „überhaupt kein böser Wille“ dahinter gesteckt. Im Übrigen, so Höptner, seien alle Beteiligten vorab informiert gewesen. Gradistanac widerspricht: „Die mir zugestanden 25 Personen plus die vier Handwerker wurden vorab nicht informiert. Den meisten war es darum nicht möglich, nach Berlin zu kommen.“

Den Vorwurf der Parteilichkeit und Unprofessionalität hat Norbert Höptner in der Presse zurückgewiesen: Der Abgeordnete Fuchtel habe seinen Demonstrationszug eigenständig und ohne Mitwirken der WFG organisiert. Renate Gradistanac lässt dies nicht gelten. „Fakt ist: Fuchtel durfte seinen parteipolitischen Populismus im Rahmen einer politisch neutralen Veranstaltung des Landes Baden-Württemberg und der Region Nordschwarzwald präsentieren. Ich frage Herrn Höptner noch einmal: Ist die WFG nur auf Fuchtel hereingefallen oder hat sie dessen Aktionismus stillschweigend und wohlwollend unterstützt? Diesen parteipolitischen Aufmarsch empfand ich in diesem Rahmen als unangemessen.“

Hans-Joachim Fuchtel selbst hat bei einem Empfang der IHK Nordschwarzwald am Mittwoch in Berlin unfreiwillig eine Antwort angeboten. Gradistanac: „Der Kollege hat öffentlich eingestanden, dass er und sein Pforzheimer CDU-Kollege Krichbaum sich im Vorfeld der Stallwächterparty etwa 20mal mit Herrn Höptner zur Beratung und Abstimmung getroffen habe. Ich als SPD-Abgeordnete war zu keiner einzigen Veranstaltung eingeladen. Ich drücke es anders aus: Ich war in diesem CDU-Zirkel nicht erwünscht. Das ist für mich keine neue Erfahrung in meiner politischen Arbeit. Aber es ist noch nicht vorgekommen, dass ich vor dreifach verschlossenen Türen gestanden bin.“

Und weiter: „Die Stallwächterparty zeigt leider exemplarisch: Dieser schwarze Filz ist die Realität bei uns im Nordschwarzwald. Die Bürgerinnen und Bürger machen sich keine Vorstellung, wie in diesen verfestigten Strukturen getrickst und getäuscht wird, unliebsame Personen draußen bleiben müssen und Kritiker abgebürstet werden“, so Gradistanac. „Es geht nicht um Spaß oder nicht - es geht um demokratische Strukturen.“

Wer in solch einem System aus Parteikumpanie und Vetternwirtschaft groß geworden sei, mache sich nicht mehr die Mühe, andere einzubinden: „Solche Menschen glauben tatsächlich, dass sie der Staat sind, die Politik ihr alleiniges Spielfeld ist und Veranstaltungen wie die Stallwächterparty auf sie persönlich zugeschnitten sind. Es erstaunt mich sehr, dass auch Herr Höptner als WFG-Geschäftsführer diese Verflechtungen als Normalität empfindet. Ich betone: Ich werfe Herrn Höptner keine Böswilligkeit vor. Aber die Verantwortlichen müssen lernen, dass Kooperation in der Demokratie eine überparteiliche, transparente Zusammenarbeit mit allen Akteuren bedeutet.“

Auf Höptners Antwort, mit der dieser die Unstimmigkeiten aus der Welt schaffen wolle, sei sie gespannt, schreibt Gradistanac und endet mit dem Satz: „Die gute Nachricht: Diese öffentliche Diskussion ist manchen sehr unangenehm und sie offenbart, dass es trotz des zähen schwarzen Filzes erfreulicherweise auch im Nordschwarzwald anständige Demokratinnen und Demokraten gibt.“

Unprofessionalität, CDU-Parteipolitik

Gradistanac kritisiert WFG / Wahlkreis-Pressemitteilung vom 3. Juli 07

Unprofessionalität, unklare Finanzierungsmodalitäten und CDU-Parteipolitik wirft die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac der Wirtschaftsgesellschaft Nordschwarzwald (WFG) bei der Organisation der Stallwächterparty am Mittwoch in Berlin vor.

Trotz Nachfrage bei WFG-Geschäftsführer Prof. Norbert Höptner, so Gradistanac, sei bis heute unklar, ob die von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Fuchtel propagierte „Familien- Demonstration“ mit Steuergeldern oder Mitteln der an der Veranstaltung beteiligten Gebietskörperschaften finanziert werde. „Es ist schon unangemessen genug, dass mein Kollege die Berlin-Präsentation für parteipolitische Agitation missbraucht“, schreibt die Abgeordnete an Höptner. Es wäre „bedauerlich“, sollte Fuchtel hierbei tatsächlich die Unterstützung der WFG finden.

Gradistanac: „Auch wenn Herr Höptner betont, dass die WFG weder organisatorisch noch

inhaltlich an der Demonstration beteiligt sei: Dies ist eine politische Instinktlosigkeit - oder aber blanke Ahnungslosigkeit seitens der WFG.“ Der ungebührliche parteipolitische Aktionismus des Kollegen Fuchtel werde als Teil des Programms wahrgenommen. „Es entsteht der Eindruck, dass Herr Fuchtel mindestens mit dem Segen des Landes agitieren darf.“

Nicht zuletzt kritisiert die SPD-Abgeordnete die „mangelhafte Professionalität bei der Organisation einer so wichtigen Präsentation“: „Üblicherweise bekomme ich wenigstens drei Wochen vor einer Veranstaltung eine Einladung zugeschickt. Die Einladung zur Stallwächterparty hatten viele erst zwei, drei Arbeitstage vor der Stallwächterparty im Briefkasten – viel zu spät, um einen günstigen Flug zu buchen, eine preisgünstige Unterkunft zu organisieren, geschweige denn sich mit dem Arbeitgeber abzustimmen, ob man überhaupt frei bekommt. So geht man nicht mit Schwarzwälder Bürgerinnen und Bürgern um.“

Gradistanac mahnt Eile an

„Fischer-Brücke“ in Berlin angekommen / Pressemitteilung für den Wahlkreis vom 5. Juli 07

Achim Großmann (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, nahm am Donnerstag im Reichstagsgebäude in Berlin offiziell ein Horber Brücken-Modell aus dem Fischerbaukasten und zwei Ordner voll mit Unterschriften von Unternehmern aus der Region pro Brücke entgegen.

Wichtigste Erkenntnisse für die von der IHK Nordschwarzwald angeführten Delegation: Diesen Monat soll die Machbarkeitsstudie für den Bau einer privat zu finanzierenden Brücke im Ministerium in Berlin vorliegen. Die Frage, wie schnell das Projekt insgesamt vorankommen

werde, ließ er offen: „Ich hoffe, dass wir einen kleinen bis mittleren Schritt hinkriegen.“ Großmann kennt Horb und die Region - die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac hat den Staatssekretär bereits in den Kreis Freudenstadt gebracht. Eine privat zu finanzierende Brücke nach dem sogenannten F-Modell werde es nur geben, wenn sich das Projekt

rechne, sagte Großmann. „Wir prüfen das ergebnisoffen.“ Indes mahnte die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac zur Eile an: „Die Erleichterung im Nordschwarzwald ist groß, dass eine politische Entscheidung für diese Brücke gefallen ist. Das ist wichtig für unsere infrastrukturell jahrelang benachteiligte Region. Deshalb geht es nun auch um die Glaubwürdigkeit von Politik: Die Brücke in Horb muss im aktuellen Fünf-Jahres-Plan realisiert werden. Und im nächsten Fünf-Jahres-Plan wollen wir den Freudenstädter Tunnel durchsetzen.“

IHK-Geschäftsführer Achim Rummel betonte nochmals die Bereitschaft der Wirtschaft zu einer Privatfinanzierung: „Das Projekt ist für Horb und die ganze Region so wichtig, dass es Unternehmen gibt, die sagen: Dafür lege ich 20.000 Euro auf den Tisch.“

Wie viel Geld tatsächlich inzwischen auf diesem Weg aufzutreiben wäre, mochte Rummel öffentlich nicht konkret sagen.

5000 Euro pro Betreuungsplatz im Betrieb

Bund fördert Kinderbetreuung in Unternehmen / WK-Pressemitteilung vom 18. Juli 2007

Betriebe sollen von Anfang 2008 an mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen – dafür wirbt die SPD-Familienpolitikerin Renate Gradistanac. 5000 Euro jährlich will der Bund pro Betreuungsplatz zuschießen, Eltern und Unternehmen sollen sich an den Kosten beteiligen.

Von 2008 bis 2010 stehen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds 50 Millionen Euro für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung in Betrieben zur Verfügung. Die Finanzhilfe ist als Anschubfinanzierung für zwei Jahre konzipiert und soll Anreiz für vor allem kleine und mittlere Unternehmen sein, Betreuungsplätze für Kinder der Belegschaft zu schaffen. Deutschlandweit sollen so mindestens 5000 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Renate Gradistanac spricht von einem „wertvollen Beitrag“ zur Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur, gerade auch im Schwarzwald. Das Programm passe sich sehr gut

in die Gesamtstrategie zum Ausbau der Kinderbetreuung ein. Die SPD-Bundestagsabgeordnete hat die Landräte, alle Oberbürgermeister und Bürgermeister in den Kreisen Calw und Freudenstadt, die Handwerkskammern Reutlingen und Karlsruhe und die IHK Nordschwarzwald über das Förderprogramm informiert. Über Förderrichtlinien und Antragsverfahren soll bis Ende des Jahres entschieden sein. Erst von diesem Zeitpunkt an können Anträge an eine bis dahin eingerichtete Servicestelle gestellt werden. Eine frühere Bezuschussung ist nicht möglich.

Das Programm ist ein Ergebnis der noch 2003 unter Rot-Grün initiierten „Allianz für die Familie“. Ziel dieser Allianz aus Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft ist es, eine Balance von Familie und Arbeitswelt herzustellen. Renate Gradistanac: „Wir in unserer ländlich geprägten Region haben hier hohen Nachholbedarf.“

Belohnung für Ausbildungsbetriebe

Neue Anstrengungen für mehr Lehrstellen / Wahlkreis-Pressemitteilung vom 16. Juli 07

Renate Gradistanac begrüßt den Beschluss, überdurchschnittlich ausbildende Unternehmen durch einen Rabatt bei der Arbeitslosenversicherung zu entlasten. „Betriebe, die sich vorbildlich für Jugendliche einsetzen und über Bedarf ausbilden sollten belohnt werden.“

Das von der Regierungskoalition im Deutschen Bundestag auf den Weg gebrachte Qualifizierungspaket für junge Menschen habe könne auch im Schwarzwald zusätzliche Ausbildungsressourcen in den Betrieben erschließen. „Damit wollen wir vor allem Jugendlichen mit schlechten Startvoraussetzungen noch besser unterstützen und sie beim Einstieg in Ausbildung und Beruf fördern“, sagte Gradistanac.

Für junge Arbeitslose soll ein umfangreiches Eingliederungs- und Qualifizierungsprogramm beginnen. Arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss sollen durch einen „Qualifizierungskombi“ eine Perspektive erhalten, um diesen Abschluss nachzuholen. Auf Initiative

der SPD soll die Bundesagentur für Arbeit besonders auch jene Jugendliche stärker fördern, die erfolglos hundert und mehr Bewerbungen geschrieben haben. Gradistanac: „Es ist ein erfolversprechender neuer Ansatz und ein wichtiger Schritt, dieser Gruppe gezielt durch Eingliederungszuschüsse helfen.“

Und weiter: „Das Lernen in betrieblichen Arbeitsabläufen ist die Stärke des dualen Systems und sichert hochqualifizierten Fachkräftenachwuchs. Daher wollen wir zusätzliche betriebliche Ausbildungskapazitäten erschließen und die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöhen.“

Außerdem soll die Berufsberatung durch individuelle Beratung und Betreuung auch an den Schulen verbessert und der Einsatz von Paten ausgeweitet werden kann; solche Paten kümmern sich bereits im Kreis Calw um Hauptschüler/innen ab der achten Klasse. Renate Gradistanac ruft Betriebe und Kammern zu einer „gemeinsamen Kraftanstrengung“ auf, um den Ausbildungspakt und das geplante Begleitpaket unterstützen.

Verführerische Prämie

Gradistanac bittet Bürgermeister um Einschätzung / WK-Pressmitteilung vom 9. Juli 07

Renate Gradistanac, stellvertretende familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, hat die Landräte und Bürgermeister in den Kreisen Calw und Freudenstadt in der Diskussion um ein Betreuungsgeld um Stellungnahme gebeten. Nach Plänen der CSU soll Eltern, die ihr ein- bis dreijähriges Kind nicht in einer Krippe betreuen lassen mögen oder können, ein monatliches Betreuungsgeld gewährt werden.

Auch in den Landkreisen Calw und Freudenstadt soll bis 2013 für 35 Prozent der Jahrgänge der Ein- bis Dreijährigen ein Kinderkrippenplatz vorgehalten werden. Ein Betreuungsgeld hält Gradistanac in diesem Zusammenhang für kontraproduktiv: „Die Verlockung, das Geld zu nehmen und dafür das Kind zu Hause zu lassen, wäre groß“, sagt Gradistanac. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit könnten nur verwirklicht werden, wenn alle Kinder von klein auf gefördert werden.

In einem Brief an die Landräte und Bürgermeister weist die Abgeordnete auf absehbare Folgen für

Kindergärten und Tagesstätten hin: „Kein Gemeinderat könnte vernünftig planen. Der ansonsten relativ sichere Bedarf von 35 Prozent der Jahrgangsstärken wäre in Frage gestellt - und damit der Erhalt einzelner Einrichtungen.“

Allgemein würde das Betreuungsgeld falsche Begehrlichkeiten wecken. „Wir würden uns wundern, wer noch alles eine solche ‚Nichtnutzungsprämie‘ fordern würde“, schreibt Gradistanac in einer Pressemitteilung. „Wer aufs Auto verzichtet, fährt umsonst Bus. Wer mit dem Rauchen aufhört, bekommt pro nichtgezogener Packung fünf Euro überwiesen. Das geht so nicht.“

Wichtiger als ein Betreuungsgeld sei der von der SPD durchgesetzte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. „Der Rechtsanspruch stellt sicher, dass das Geld, das der Bund überweist, von den Kommunen zweckgebunden investiert wird. Der Rechtsanspruch stellt sicher, dass gewisse Standards - Mindestbetreuungszeit und -personalausstattung - eingehalten werden.“

Attraktivität des Wassertourismus und des Wassersports stärken

Der Bundestag hat mehrheitlich dem Antrag „Attraktivität des Wassertourismus und des Wassersports stärken“ zugestimmt.

Wassertourismus und Wassersport sollen unter Beachtung der Sicherheitserfordernisse attraktiver gemacht werden, indem nicht mehr zeitgemäße Regeln angepasst oder aufgehoben werden. Bei der Erarbeitung neuer Vorschriften soll die Orientierung an der Praxis im Vordergrund stehen. Die zielgerichtete Aktualisierung von Gesetzen bedarf einer klaren Datengrundlage in Form einer Unfallstatistik, in der Unfälle mit Sportbooten gesondert aufgeführt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Erhöhung des Sicherheitsbewusstseins in der Sportschiffahrt zu initiieren. Die Zulassungskriterien und Prüfungsinhalte für den

Erwerb eines Sportbootführerscheins sollen grundsätzlich überprüft werden, wobei der Praxisanteil erhöht und der theoretische Anteil reduziert werden soll. Es ist vorgesehen, die Prüfungsfragen im Multiple-Choice-Verfahren zu stellen. Die Fragen zum Erhalt der Funkzeugnisse sollen auf die Handhabung des Funkverkehrs abgestimmt werden. Bezüglich der Frage einer Kennzeichnungspflicht für Sportboote im Bereich der See ist eine ergebnisoffene Überprüfung notwendig. Ein Leitbild des Antrages ist es, keine unnötigen neuen Regelungen vorzusehen, sondern bestehende zusammenzufassen und möglichst viel auf freiwilliger Basis zu erreichen. Eine Zusammenführung der Führerscheine für Binnengewässer und See, wie von der FDP gefordert, würde Einsteiger wegen erweiterte Prüfungsstoffe eher abschrecken.

Politik ist ok, aber ich werde lieber Lehrer

Tolga Durmaz aus Nagold arbeitete in Berlin an dem Projekt Jugend und Parlament mit

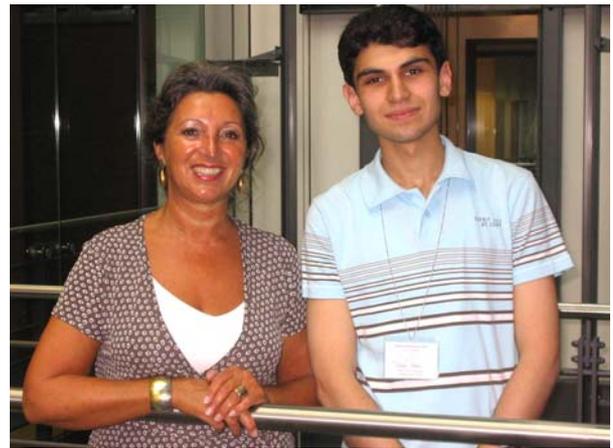
Tolga Durmaz, 18, aus Nagold und Schüler am Technischen Gymnasium, war vier Tage lang Politiker auf Probe. Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Gradistanac und auf Vorschlag seines Lehrers Ulrich Schmelzer nahm er an der jährlich vom Deutschen Bundestag ausgerichteten Veranstaltung „Jugend und Parlament“ in Berlin teil.

308 Jugendliche aus ganz Deutschland im Alter von 16 bis 20 Jahren simulierten in einem Planspiel den Weg der Gesetzgebung im Bundestag. Tolga Durmaz fand sich in dem Spiel wieder als Mitglied der Konservativen Volkspartei (KVP), 42 Jahre alt, Vater von zwei Kindern.

„Das war schon klasse organisiert, man hat einen sehr guten Einblick bekommen, wie Politik gemacht wird“, befand Tolga Durmaz am Ende von drei Sitzungstagen und ungezählten Debatten in einem Dutzend verschiedener Konstellationen. Das Planspiel geriet vom ersten Tag an zur harten Arbeit: Frühstück um 6.45 Uhr und dann Programm bis zum Abendessen um 20.30 Uhr – es war formal in etwa das Pensum, das Abgeordnete in Sitzungswochen leisten.

So blieb denn auch keine Zeit zum gemütlichen Kaffeetrinken mit Renate Gradistanac. Die SPD-Abgeordnete und ihr junger KVP-Kollege trafen sich zwischen dem Empfang für die GHWRS

Althengstett und einer Ausschusssitzung im Foyer des Paul-Löbe-Hauses. Tolga Durmaz kehrte mit einer Fülle von Erfahrungen und Antworten nach Nagold zurück, etwa jener, dass Politik Arbeit ist und kein Spiel und keine Show und wenig mit dem zu tun hat, was man im Fernsehen davon mitbekommt. Eine Gewissheit war für Tolga auch dabei: „Politisch interessiert bin ich. Aber ich möchte nicht in die Politik. Ich will Lehrer werden, da bin ich besser.“



Für vier Tage Kollegen – Tolga Durmaz aus Nagold nahm auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Gradistanac an dem Planspiel „Jugend und Parlament“ teil.

Anti-Dopingsgesetz beschlossen

Der Bundestag hat mit den Stimmen der Regierungskoalition den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im beschlossen.

Das Gesetz enthält im Schwerpunkt Regelungen, die eine wirksame Bekämpfung von national und international agierenden kriminellen Netzwerken im Bereich des Sport-Dopings zum Ziel haben. Nach anfänglichem Widerstand hat Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in den von ihm eingebrachten Gesetzentwurf auch eine Regelung zur Strafbarkeit des Besitzes nicht geringer Mengen bestimmter Dopingmittel aufgenommen, wofür sich die SPD-Bundestagsfraktion seit langem eingesetzt hat. Das Gesetz wird dazu beitragen, die ehrlichen Sportler vor jenen Konkurrenten zu schützen, die durch den Einsatz von Doping-Mitteln und -

Methoden den Wettbewerb unlauter verzerren und dadurch Druck auf diejenigen ausüben, die „sauber“ bleiben wollen. Neben der Einführung der Strafbarkeit des Besitzes nicht geringer Mengen bestimmter Dopingsubstanzen, sieht das Gesetz eine Ermittlungsbefugnis des Bundeskriminalamtes im Rahmen der Strafverfolgung des international organisierten ungesetzlichen Handels mit Arzneimitteln vor. Hinzu kommt eine Strafverschärfungen für banden- und gewerbsmäßige Dopingstraftaten nach dem Arzneimittelgesetz, verbunden mit der Einführung des erweiterten Verfalls. Die Strafverschärfung soll auch eine Überwachung der Telekommunikation in diesen Fällen ermöglichen. Schließlich verpflichtet das Gesetz zur Aufnahme von Warnhinweisen für Arzneimittel, die als Dopingmittel geeignet sind.

Die „Berliner Nachrichten“ im Abo: monatlich, aktuell, gratis, per E-Mail

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den „Berliner Nachrichten“ gebe ich einen Überblick auf die Bundespolitik.

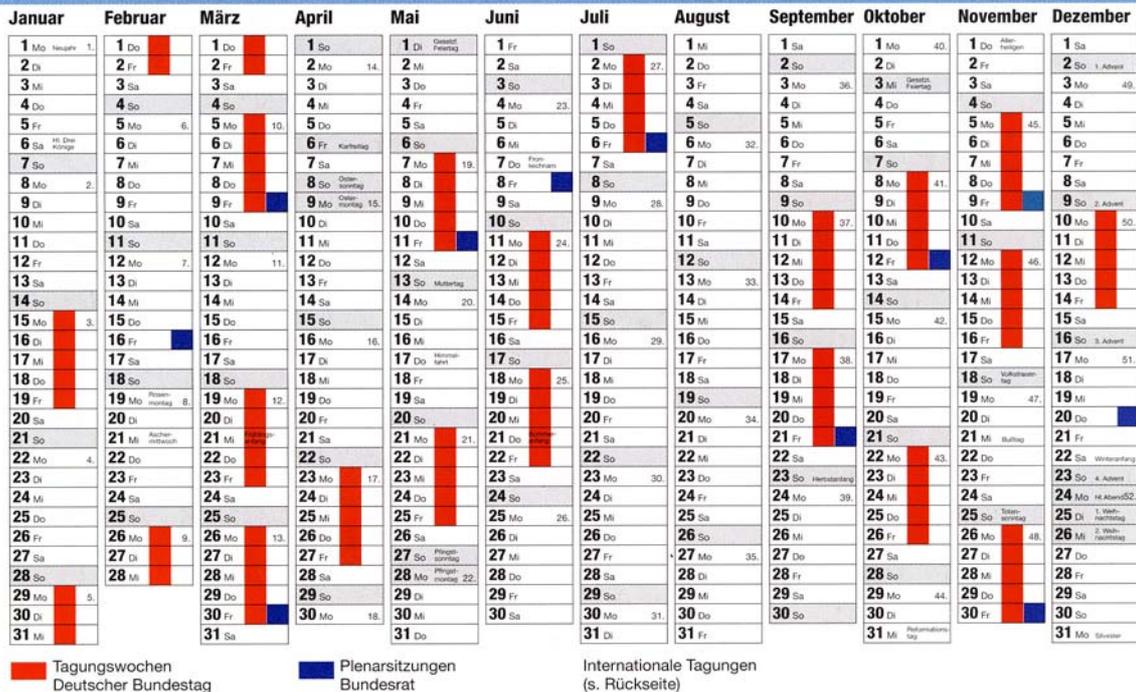
Hier steht und wird erklärt, was nicht in der Zeitung steht. Wenn Sie noch nicht Abonnent/in sein sollten, schicken Sie bitte eine E-Mail an renate.gradistanac@bundestag.de oder faxen Sie untenstehende Liste mit Ihrer E-Mail-Adresse an 030-227-76718

Ihre Renate Gradistanac MdB

Vorname	Name	E-Mail-Adresse

Zeitplan des Deutschen Bundestages für das Jahr 2007

Stand: 26. Mai 2006



Impressum

Renate Gradistanac MdB (V.i.S.d.P.)
 Deutscher Bundestag
 11011 Berlin
 Tel. (030) 227-73718
 Fax (030) 227-76718
renate.gradistanac@bundestag.de

Büroleitung:

Sybille Thomas, Berlin

Telefonzeiten:

SPD-Büro Nagold
 Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr

Büro Berlin
 Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr
 Montag bis Donnerstag von 13 bis 17 Uhr

Dringende Nachrichten bitte auf den Anrufbeantworter – wir rufen zurück!